

Sozialberatung Ruhr e. V.

PRESSEMITTEILUNG

Gaspreisdeckel

Der Teufel schießt immer auf den größten Haufen

Anmerkung zu rot-grüner Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wie verschiedenen Pressepublikationen zu entnehmen ist, empfiehlt die Kommission zum Gaspreisdeckel der Politik eine Einmalzahlung zur Abdeckung erhöhter Gaskosten sowie einen Gaspreisdeckel ab März 2023.

Nach diesem Vorschlag soll die Bundesrepublik die Kosten der Kleingewerbetreibenden und Privatverbraucher für den Monat Dezember 2022 zur Gänze übernehmen und an die entsprechenden Gasversorger überweisen. Das Ganze soll dann wohl eine Art von rot-grüner Sozialpolitik darstellen und sozusagen ein Weihnachtsgeschenk an die Bürgerinnen und Bürger sein.

Hierbei ist allerdings zu überlegen, ob eine solche Vorgehensweise nicht unter Umständen kontraproduktiv ist.

Die Vermögens- und Einkommensverhältnisse in Deutschland sind extrem unterschiedlich. Während die einen in 35 qm Sozialhuckeln hausen leben andere auf 300/400 qm in guter, grüner Lage. Entsprechend fallen die Kosten für die Heizung aus. Wenn dann eventuell noch ein privater Swimmingpool im Souterrain dazu kommt, sind die Kosten extremistisch unterschiedlich. Wenn nun für Dezember die entsprechenden Heizkostenvorauszahlungen vom Staat übernommen werden sollen, bekommt der eine möglicherweise 40 oder 50 € im Dezember, der andere unter Umständen 1.000 € und mehr.

Die vermeintliche Gleichbehandlung von allen Bürgerinnen und Bürgern verkehrt sich aufgrund der vorhandenen Ungleichheiten ins Gegenteil.

Dass möglicherweise auch noch die Gaskosten für Gewerbebetriebe übernommen werden könnten würde im Ergebnis dazu führen, dass der Staat den Gewerbetreibenden noch ein Extrageschenk macht, da hier ja dann die Gaskosten entfallen würden. Der Sonderprofit ginge dann an die Inhaber dieses Betriebes.

Sitz: Bochum
Vereinsregistergericht: Bochum VR 3765
Steuernr. 306/5801/0976

Bank im Bistum Essen eG
BIC: GENODED1BBE
IBAN: DE26 3606 0295 0010 5030 19

Vermögensschadenhaftpflicht-
versicherung bei der Zürich
Versicherungs AG, 53287 Bonn

Es gilt die beim Vereinsregistergericht Bochum hinterlegte Satzung in Verbindung mit der Beitragsordnung.

Zwar handelt es sich noch um einen Vorschlag eines Gremiums, das zur Beratung seitens der Bundesregierung herangezogen worden ist, weil man sich offensichtlich nicht traut, selber entsprechende Vorschläge zu machen, gleichwohl darf davon ausgegangen werden, dass dies dann entsprechend auch von der Politik umgesetzt wird.

Diese Sozial- und Wirtschaftspolitik nach dem Motto "Wer hat, dem wird gegeben, wer nichts hat, kriegt auch nichts" steht durchaus in der Logik rot-grüner Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Bei sozialdemokratischer Sozialpolitik fällt vor allen Dingen auf, dass hier entsprechende Kürzungen vorgenommen wurden im Rentenbereich, im Bereich der Arbeitslosigkeit und im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung. Die gesetzlichen Renten wurden seit dem Einstieg in den Ausstieg aus der Existenzsicherung durch den damaligen sozialdemokratischen Arbeits- und Sozialminister Ehrenberg mehr oder weniger konsequent (Hartz IV) bis zum heutigen Tage weiter fortgeführt.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik funktioniert nach dem gleichen Motto wie man an der Gründung der Firma Uniper durchaus erkennen kann. Das Bundeskartellamt hatte seinerzeit erhebliche Bedenken bei der Bildung der Firma Uniper, da sie eine Art Abfallbetrieb war. Durch Ministererlass wurden die Bedenken des Bundeskartellamts beiseitegeschoben und die Bildung der Firma Uniper zugelassen. Uniper ist nunmehr nur noch durch massive Interventionen des Staates (Verstaatlichung) zu retten gewesen und kostet Milliarden und Abermilliarden Euro. Geschützt wurden damals die Aktionäre, aber nicht die Gasversorgung der Bevölkerung. Auch jetzt wäre ein Konkurs der Firma Uniper sinnvoller gewesen als die Milliardenzahlungen an die jetzigen Eigentümer (insbesondere auch dem finnischen Staat).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch noch, dass die Industrie, die extrem viel Gas verbraucht, ihre Abschläge voll bezahlen muss aber für sie gilt der Gaspreisdeckel bereits ab Januar 2023. Dies ist somit auch viel günstiger für sie als der einmalige Wegfall der Vorauszahlung im Dezember 2022.

Wenn also Herr Scholz von einem Doppelwumms von 200 Milliarden Euro neuen Schulden spricht, so darf doch die Frage erlaubt sein, wer denn dieses Geld eigentlich bekommt und das ist nur zum Teil die Bevölkerung und der arme Teil der Bevölkerung bekommt praktisch nichts. Zahlen müssen in den nächsten Jahrzehnten jedoch diese 200 Milliarden Euro Sondervermögen (gleich Schulden) die Kinder und Enkel der Leute, die jetzt nur kleine Brotkrumen bekommen.

Was soll man dagegen machen? So ist sie halt, die SPD und ihr grünes Derivat.

Ansprechpartner für Rückfragen:
Anton Hillebrand, Telefon 0176 90792578

Sozialberatung Ruhr e. V.
Am Bergbaumuseum 37
44791 Bochum

10.10.2022